



Aktueller Begriff Europa

Das Programm der finnischen EU-Ratspräsidentschaft 2019

Finnland hat am 1. Juli 2019 zum dritten Mal nach 1999 und 2006 den Vorsitz im Rat der Europäischen Union (EU) übernommen. Die über die zweite Jahreshälfte 2019 andauernde finnische Ratspräsidentschaft fällt in eine Zeit sowohl des Umbruchs der EU in ihrer bisherigen Gesamtheit, als auch des politisch-institutionellen Übergangs und der strategischen Ausrichtung der Union für die kommenden Jahre. So wird sich der Rat unter finnischem Vorsitz einerseits mit dem auf den 31. Oktober 2019 verschobenen Ausscheiden Großbritanniens aus der EU befassen müssen. Andererseits wird er einen Kooperationsmodus mit dem am 2. Juli 2019 konstituierten neunten Europäischen Parlament und der neu zu bildenden Europäischen Kommission entwickeln und sich der Strategischen Agenda 2019-2024 des Europäischen Rates und der Finalisierung der Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2021 bis 2027 widmen. Dies findet in einem zunehmend komplizierter werdenden und immer weniger berechenbaren geopolitischen Umfeld statt, das insbesondere von vermehrtem Unilateralismus und wachsendem Wettbewerb zwischen den Großmächten gekennzeichnet ist. In der Analyse dieser Ausgangslage rückt die finnische Präsidentschaft die Einigkeit der EU in den Mittelpunkt seiner Aufmerksamkeit und fordert, die Eckpfeiler der Europäischen Integration, namentlich Frieden, Sicherheit, Stabilität, Demokratie und Wohlstand, als Grundvoraussetzungen für die Bewältigung künftiger Herausforderungen zu schützen. Unter dem **Präsidentenschaftsmotto „Ein nachhaltiges Europa – eine nachhaltige Zukunft“** benennt der finnische Vorsitz für seine Amtszeit **vier Arbeitsschwerpunkte**: die „Stärkung der gemeinsamen Werte und des Rechtsstaatsprinzips“, eine „wettbewerbsfähigere und sozial inklusivere Union“, die „Stärkung der EU als globaler Vorkämpfer für den Klimaschutz“ sowie die Gewährleistung „umfassender Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger der EU“.

Für den ersten Schwerpunktbereich definiert die Ratspräsidentschaft den **Schutz der gemeinsamen Werte der Union** – Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und Wahrung der Menschen- und Minderheitenrechte – als mitgliedschaftliche Verpflichtung und zugleich unerlässliche Voraussetzung für die Akzeptanz der EU und ihr Funktionieren. Diese Werte seien auf allen Ebenen zu schützen und zu stärken, nicht allein in sicherheitspolitischer Perspektive sondern auch u.a. hinsichtlich des Wirtschaftslebens in der EU. Ausdrücklich betont der Vorsitz den Kern der Rechtsstaatlichkeit – unabhängige und selbstständige Gerichte – und kündigt an, die **Instrumente für die Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit** zu stärken und weiterzuentwickeln. Darüber hinaus gelte es, **bessere und effizientere Maßnahmen** zu identifizieren, mit denen die Einhaltung der gemeinsamen Werte der Union gesichert und möglichen Problemen vorgebeugt werden kann. Konkret benennt er dabei die Evaluierung und Verbesserung des Rechtsstaatsdialogs des Rates, die Weiterentwicklung des im März 2019 von Belgien und Deutschland angelegten Mechanismus der gegenseitigen Begutachtung der Mitgliedstaaten („Peer-Review“) sowie die Fortführung der Verhandlungen über den Verordnungsvorschlag zur Verknüpfung der Auszahlung von EU-Finanzmitteln an die Einhaltung rechtsstaatlicher Prinzipien ([KOM \(2018\) 324](#)). Damit schreibt Finnland die vorrangige Rolle dieses Schwerpunktbereichs fort, die ihm im Achtzehnmonatsprogramm der Trio-Präsidentschaft beigemessen wird.

Im Mittelpunkt des wirtschafts- und sozialpolitischen Programmreichs der Präsidentschaft steht die Schaffung von **Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Arbeitsplätzen**. Der Vorsitz fordert für den gesamten neuen institutionellen Zyklus der Union die Fokussierung auf die dafür entscheidenden Politikbereiche: die strategische Stärkung des Binnenmarkts sowie eine ambitionierte und regelbasierte Handelspolitik. Die Vertiefung des Binnenmarkts erfordert nach Ansicht der Präsidentschaft



sowohl einen breiten Ansatz zur besseren **Verschränkung von Binnenmarktpolitik, Digitalisierung, moderner Wettbewerbs- und Industriepolitik sowie Handelspolitik** als auch **mehr Konsequenz in der Fortentwicklung der sozialen Säule der Union**, insbesondere hinsichtlich der unionsweiten Einhaltung moderner Arbeits- und Sozialstandards und der Überprüfung der Arbeitsgesetzgebung und Sozialsysteme auf ihre Zukunftsfestigkeit. Zur besseren Erschließung des Wachstumspotentials der Union fordert der Vorsitz eine Forcierung des insbesondere digitalen Dienstleistungssektors sowie des Abbaus grenzüberschreitender Handelshemmisse; zugleich unterstreicht er die besondere Kraft des Forschungsrahmenprogramms „Horizont Europa“ zur Förderung von Digitalisierung, Innovation und modernen Technologien. Der zunehmenden Herausforderung des Fachkräftemangels sei durch Anhebung des europäischen Bildungs- und Forschungsniveaus, deutliche Stärkung des Erasmus-Programms sowie größere Anstrengungen zur Geschlechtergleichstellung im Arbeitsleben und zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu begegnen. Darüber hinaus komme der EU die Aufgabe zu, mit einer ambitionierten, offenen und regelbasierten Handelspolitik und mit der aktiven Unterstützung der Reform der Welthandelsorganisation (WTO) den Multilateralismus und gemeinsame internationale Regelwerke gegen Protektionismus und zunehmende Friktionen in den internationalen Handelsbeziehungen zu verteidigen. Schließlich ruft der Vorsitz alle Mitgliedstaaten zu einer aufgeschlossenen Haltung in den von ihm fortzuführenden Verhandlungen zur **Vollendung der Bankenunion** einschließlich der gemeinsamen Einlagensicherung auf.

Im Schwerpunktbereich „**Die EU als globaler Vorkämpfer für den Klimaschutz**“ ruft der Vorsitz die Schutzziele des Pariser Klimaübereinkommens in Erinnerung und sieht in einer **geschickten Verknüpfung politischer Maßnahmen** großes Potential, diese Ziele zu erreichen, zugleich Wachstum zu generieren und die EU langfristig wettbewerbsfähig zu machen. So will er den Prozess zur Entwicklung einer **langfristigen Strategie zur Emissionsreduktion**, insbesondere mit der Definition ihrer zentralen Elemente durch den **Europäischen Rat bis Ende 2019**, fortführen. Gleichzeitig unterstreicht er die Notwendigkeit der Integration der Klimapolitik in alle Politikbereiche und betont das Potential, das der Übergang zu Bioökonomie und Kreislaufwirtschaft sowie eine Gemeinsame Agrarpolitik bergen, in der der Klimawandel stärkere Berücksichtigung findet.

Die Präsidentschaft misst der EU in ihrem sicherheitspolitischen Schwerpunktbereich eine Schlüsselrolle bei der **Förderung umfassender Sicherheit für die Unionsbürger** bei. Dabei spannt sie den Bogen von der außenpolitischen Rolle der Union über ihre Verantwortung beim Schutz vor Terror und grenzüberschreitender Kriminalität sowie für Sicherheit an den Außengrenzen bis hin zur inneren Sicherheit. Für eine **einheitlichere, konsequenter und effizientere Außenpolitik der Union** will der Vorsitz die Debatte über die Möglichkeiten des Vertrags von Lissabon vorantreiben, in bestimmten Bereichen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik Beschlüsse mit qualifizierter Mehrheit zu fassen. Auch eine Reform der Finanzierung der externen Beziehungen hin zu einem vereinfachten und flexibleren System innerhalb des künftigen MFR 2021-2027 fasst er ins Auge. Für die **Vertiefung der Sicherheits- und Verteidigungszusammenarbeit** erinnert der Vorsitz an die Fortschritte der letzten Jahre, hebt dabei u. a. die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit und den Europäischen Verteidigungsfonds hervor und kündigt eine effiziente Umsetzung dabei vereinbarter Ziele an. Auch will er eine Debatte über den Einsatz künstlicher Intelligenz und Digitalisierung zur Verbesserung der Verteidigungsfähigkeiten anstoßen und die **Resilienz der EU gegen hybride Bedrohungen** sowie ihre Fähigkeiten im Bereich der **Cybersicherheit** ausbauen.

Das Präsidentschaftsprogramm wirft schließlich ein Schlaglicht auf zwei wichtige Zukunftsthemen der EU: eine **umfassende Migrationssteuerung** sowie den **künftigen MFR 2021 bis 2027**. Angesichts des Scheiterns der Paketlösung eines Gemeinsamen Europäischen Asylsystems strebt der Vorsitz die Identifizierung und Annahme zustimmungsfähiger Elemente dieses Pakets an, um überhaupt Fortschritte und Ergebnisse bei der Migrationssteuerung zu erzielen. Darüber hinaus schlägt er die Schaffung eines EU-weiten verbesserten Neuansiedlungsprogramms, eine Interimslösung für die Verteilung von aus Seenot geretteten Personen innerhalb der EU sowie eine alle verfügbaren Mittel nutzende und nachhaltige Rückführungspolitik vor. Hinsichtlich der Verhandlungen über den künftigen MFR bekundet die Präsidentschaft ihren Willen, diese bis zum Herbst 2019 abzuschließen. Dabei spricht sie sich für eine strikte Bindung der EU-Finanzmittel an Bedingungen aus, darunter die Förderwirksamkeit, die Achtung der Rechtsstaatlichkeit und die Migrationssteuerung.

Quellen: [Programm des finnischen Ratsvorsitzes](#) vom 26. Juni 2019; [Achtzehnmonatsprogramm des Rates](#) (1. Januar 2019 bis 30. Juni 2020); [Strategische Agenda des Europäischen Rates 2019-2024](#) vom 20. Juni 2019.